



Mehr Menschlichkeit im Umgang mit Flüchtlingen!

Rede des Innenministers Boris Pistorius in der Sitzung des Niedersächsischen Landtages am 14.03.2013; TOP 14 a) Dringliche Anfrage der Fraktion der CDU.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Koalitionsfraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben sich auf einen Paradigmenwechsel in der Ausländer- und Flüchtlingspolitik verständigt. Dieser wurde bereits in den ersten Wochen unserer Regierungstätigkeit angestoßen. Ich möchte hier beispielhaft den Erlass zum Asylbewerberleistungsgesetz nennen, der es den Kommunen endlich freistellt, Bargeld an Asylsuchende auszugeben. Außerdem erarbeiten wir derzeit eine neue Verordnung für die Härtefallkommission. Bis zu deren Inkrafttreten hat die Kommission ihre Beratungen ausgesetzt.

Die Rückmeldungen aus zahlreichen Kommunen zeigen schon jetzt, dass dieser Paradigmenwechsel sich in den Köpfen der Handelnden niederzuschlagen beginnt. Es geht schließlich auch um die stärkere Sensibilisierung der beteiligten Akteure.

Bis sich diese Sensibilisierung weitgehend durchgesetzt hat, lässt sich die Hausspitze des Ministeriums für Inneres und Sport über die geplanten Abschiebungen vorher unter Darstellung des genauen Sachverhalts unterrichten. Die Abschiebung der hier angesprochenen kosovarischen Familie Osmani lag vor dieser Anordnung, so dass mir die Einzelheiten der am 23.02.2013 durchgeführten Abschiebung zuvor nicht bekannt waren. Ich bin lediglich allgemein über bevorstehende Abschiebungen von Personen informiert worden, die während ihres Aufenthalts in Deutschland straffällig geworden waren.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Anfrage namens der Landesregierung wie folgt:

Zu Frage 1:

Der Leiter des Referats für Ausländer- und Asylrecht, Herr Middelbeck, hat mich am 21.02.2013 allgemein darüber informiert, dass Abschiebungen in der 8. und 9. Kalenderwoche geplant seien. Über die Anfrage des Landrates des Landkreises Lüchow-Dannenberg, ob die Abschiebung verschoben werden sollte, wurde ich nicht informiert

Zu Frage 2:

Die Abschiebung war für Samstag, den 23. Februar 2013 um 09:45 Uhr ab Hannover vorgesehen. Nach dem gültigen Flugplan für Hannover wurde der Direktflug von Hannover nach Pristina nur am Samstag angeboten. Um die Fahrt zum Flughafen – und damit auch die Vorlaufzeit bis zum Abflug – möglichst kurz zu halten, wurde deshalb auf das



2

Abschiebungsersuchen der zuständigen Ausländerbehörde dieser Flug vom zuständigen Landeskriminalamt ausgewählt.

Eine Rückführung an einem anderen Wochentag wäre nur ab Frankfurt/Main durchzuführen gewesen. Die Abflugzeiten in Frankfurt/Main für Direktflüge nach Pristina sind laut Flugplan regelmäßig um 09:25 Uhr vorgesehen, so dass auch dazu eine sehr frühe oder eine spätabendliche Abholung aus Lüchow- Dannenberg notwendig gewesen wäre.

Ich habe hausintern veranlasst, dass Alternativen zu den bisher praktizierten frühmorgendlichen Abschiebungen erarbeitet werden, weil ich mit der Abgeordneten Doris Schröder-Köpf der Auffassung bin, dass auch Zwangsmaßnahmen, wie Abschiebungen, so vollzogen werden müssen, dass die Belastung für die Betroffenen, besonders wenn es um Familien mit Kindern geht, möglichst gering gehalten werden.

Zu Frage 3:

Der 16-jährige Sohn Halit Osmani wurde nicht zuhause angetroffen. Daher wurde im Rahmen der Maßnahme nach dem bisher praktizierten Verfahren entschieden, Herrn Osmani die Möglichkeit einzuräumen, zusammen mit seinem Sohn freiwillig den übrigen Familienmitgliedern in den Kosovo nachzureisen, und Frau Osmani mit den jüngeren Söhnen getrennt abzuschicken. Dies hätte – insbesondere vor dem Hintergrund des von der neuen Landesregierung angekündigten neuen Umgangs mit Fällen dieser Art – nicht passieren dürfen.

Damit die Trennung der Familie nicht unnötig lange dauert, habe ich vergangene Woche Freitag per Fax das Auswärtige Amt um die Erteilung eines Visums für die Mutter und ihre beiden minderjährigen Kinder zur Wiedereinreise in das Bundesgebiet gebeten und hoffe, dass es schnell eine positive Entscheidung gibt.

Zukünftig wird es beim Vollzug von Abschiebungen in derartigen Fallkonstellationen nicht mehr zu einer Abschiebung einzelner Familienmitglieder kommen.

Das heißt: Immer dann, wenn bei einer nicht angekündigten Abschiebung einzelne minderjährige Familienmitglieder *nicht* angetroffen werden, wird überhaupt kein Familienmitglied abgeschoben.

Derartige Familientrennungen sollen in Niedersachsen zukünftig der Vergangenheit angehören. Dies wird ein fester Bestandteil der für den Verwaltungsvollzug vorzulegenden neuen Handlungsanweisungen für den Vollzug von Abschiebungen sein – und es ist Teil des schon lange überfälligen Paradigmenwechsels in der Flüchtlings- und Asylpolitik.